

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Rosenkranz, Mayerhofer, Vilimsky, Mag. Hauser
und weiterer Abgeordneter

betreffend die sichere Verwahrung und rasche Abschiebung von straffälligen Asylwerbern

eingebraucht im Zuge der Debatte zum Thema der Sondersitzung „Die Große Koalition als Sicherheitsrisiko für Österreich“ in der 16. Sitzung des Nationalrates am 22. März 2007

Wie die Austria Presse Agentur am 1. März dieses Jahres berichtete, eröffnete der Landeshauptmann von Tirol, DDr. Herwig van Staa, seine Meinung zur Vorgehensweise in Hinblick auf straffällige Asylwerber in einer Pressekonferenz in Innsbruck. Van Staa lies mit seiner Idee, straffällig gewordene Asylwerber würden ihren Anspruch auf Asyl weitgehend verwirken und seien bei nicht sofortiger Abschiebemöglichkeit zu internieren, aufhorchen.

Anfänglich ob dieser Aussagen angeschossen, sprang ÖVP-Generalsekretär Hannes Missethon für den Parteifreund in die Bresche und zeigte sich laut Austria Presse Agentur zur Verwunderung der eigenen Parteikollegen „dankbar für Van Staas klare Worte“. Damit jedoch noch nicht genug. Missethon äußerte sich zu den Medien: „Ich bin klar für eine rasche Abschiebung bei straffälligen Asylwerbern“. Selbst ÖVP-Sicherheitssprecher Günter Kößl erklärte in seiner Aussendung, dass hier grundsätzlich alle Diskussionsbeiträge ernst zu nehmen sind und einen wichtigen Beitrag darstellen.

Anscheinend haben ÖVP-Spitzenpolitiker endlich die absolute Notwendigkeit einer effektiven Regelung in diesem Bereich erkannt und haben somit durch das einschwenken auf die Freiheitliche Linie eine langjährige Forderung der FPÖ aufgegriffen. Der Tiroler FPÖ-Obmann Mag. Hauser forderte schon früher die Schaffung von Anhaltezentren für abzuschiebende Asylwerber.

Dass eine solche Regelung schon seit Längerem überfällig ist, beweisen uns die täglichen Medienberichte über kriminelle Asylwerber, die monatliche Kriminalstatistik und der jährliche Bericht der Bundesregierung über die innere Sicherheit in Öster-

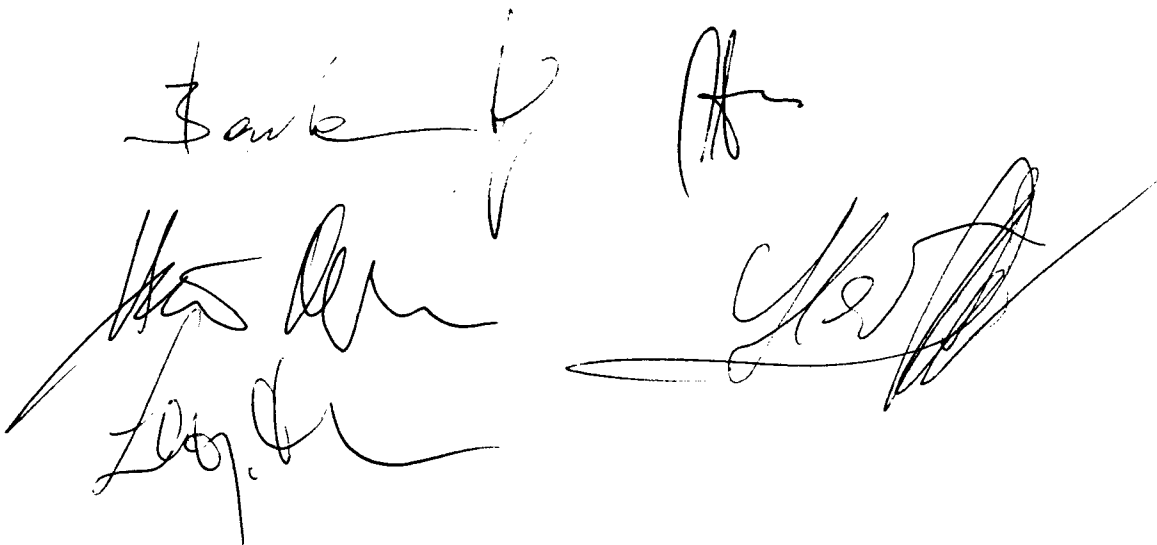
reich, der Sicherheitsbericht. Eben dieser Sicherheitsbericht für das Jahr 2005 besagt, dass von rund 70.000 ermittelten fremden Tatverdächtigen über 12.000 Asylwerber waren.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Inneres wird aufgefordert, dem Nationalrat schnellstmöglich einen Entwurf zum Asylgesetz 2005, welcher für alle straffälligen Asylwerber eine sofortige Zurückweisung des Antrages auf internationalen Schutz und damit verbunden eine umgehende Ausweisung sowie eine sichere Verwahrung bei Abschiebungshindernissen beinhaltet, zuzuleiten.“



The image shows five handwritten signatures in black ink, arranged in two rows. The top row contains two signatures, and the bottom row contains three. The signatures are stylized and cursive, typical of handwritten text in a formal document.